

Sillier Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Pressenova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 32

Donnerstag den 21. April 1921

3. [46.] Jahrgang

Harding.

Der amerikanische General Allen hat den Befehl seiner Regierung erhalten, daß sich die amerikanischen Truppen am Rhein auch fernerhin an keinerlei Aktionen beteiligen dürfen, die von den europäischen Alliierten als Sanktionen unternommen werden könnten.

Senator Knox hat im Kongreß seine bekannte Resolution zur Herstellung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eingebracht. Er hat allerdings die Fassung seines Beschlusses im letzten Augenblicke entsprechend den Wünschen des Präsidenten in dessen jüngster Botschaft geändert und ihr lediglich eine erklärende Form gegeben.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Sachverständigenkommission zu ihrer eigenen Überraschung herausgefunden hat, daß die deutschen Gegenanschläge auf der Londoner Konferenz die Pariser Forderungen nicht nur erreichen, sondern sogar übersteigen.

In Paris donnert der Ministerpräsident Briand gegen Deutschland und will mit Gendarmen und Gerichtsvollziehern, begleitet von all den großen und kleinen Gläubigern, den böswilligen Schuldner exekutieren.

Das sind vier Tatsachen, die nebeneinander herlaufen und deren Zusammenhänge trotz der scheinbaren Widersprüche der zwei letzteren nicht allzu schwer zu erkennen sind. Frankreich, das auf den gänzlichen Ruin Deutschlands hinarbeitet, will mit grimmigen Gebärden seine eigentliche Absicht verbergen, muß aber andererseits auf den großen Verbündeten und Geldgeber jenseits des Ozeans, der gegen die französische Gewaltpolitik wenn auch nicht mit

klaren Worten, so doch durch seine Haltung Verwahrung einlegt, die gebührende Rücksicht nehmen.

Präsident Harding sagt in seiner Botschaft an den Kongreß: Die Entschließung des Kongresses zugunsten eines Sonderfriedens darf keine Schwierigkeiten bieten bei der Ausführung gerechter Reparationen und des Wiederaufbaues, nach dem sich ganz Europa sehnt.

Die Botschaft ist in mancher Beziehung vorsichtig zurückhaltend und tastend gegenüber der europäischen Gesamtlage. Harding erkennt die durch den Friedensvertrag von Versailles, den die amerikanische Öffentlichkeit in der Person Wilsons gerichtet hat, und durch das völlige Versagen der Völkerbundidee geschaffene schwierige Lage an, glaubt aber der Rücksicht auf die europäischen Verbündeten eine reservierte Beurteilung der Dinge schuldig zu sein. Was Harding über die künftige Stellung Amerikas und die politische Lage andeutet, ist in mancher Beziehung wesentlich, wenn man sich auch hüten muß, seine Worte buchstäblich zu nehmen, da er sich verständlicherweise gerade hinsichtlich des Versailler Vertrages und seiner chaotischen Wirkungen nicht festlegen konnte.

Nur in einem Punkte hat sich der neue Mann in Amerika rückhaltslos geäußert: in der scharfen unzweideutigen Ablehnung des Völkerbundes, der nach seiner Meinung zu Unrecht mit dem Friedensverträge verkettet und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei.

Gegenüber diesem Zerrbild eines Völkerbundes der Sieger gegen die Besiegten, eines Trägers imperialistischer Politik, nimmt sich Harding kein Blatt vor den Mund und erklärt, sein Bestreben werde dahingehen, einen neuen Völkerbund zu schaffen. Diese Absage bricht in Bezug auf das Wesen des

Völkerbundes von Versailles klare Bahn; die im Kriege neutral gebliebenen europäischen Staaten werden dieser Haltung viel Beachtung schenken.

In Paris wird die Beurteilung des Völkerbundvertrages in der krassen Form als außerordentlich bedauerlich und für die französischen politischen Interessen abträglich empfunden. Man kann Frankreich diesen Schmerz durchaus nachfühlen.

In seiner Auffassung über den Versailler Vertrag und die Folgeträger ist Harding wesentlich zurückhaltender. Was er sagt, ist nicht recht faßbar oder kann verschieden ausgelegt werden. Das Wesentliche ist die Ankündigung des baldigen Friedenszustandes mit Deutschland. Harding will aber keinen Sonderfriedensvertrag unter völliger Ausschaltung des Versailler Vertrages, sondern er will seinen Frieden mit Deutschland, soweit dies aus der Botschaft erkenntlich ist, im Rahmen des Vertrages von Versailles schließen, aber — und das ist das Wesentliche — unter Ausschaltung dessen, was Amerika im Versailler Friedensvertrag als für seine Interessen hinderlich ansieht.

Wie weit sich die teilweise Anerkennung des Versailler Vertrages für Deutschland günstig oder ungünstig auswirken wird, ist zunächst noch nicht zu übersehen. Ein Sonderfriedensvertrag, der die Verbündeten in Europa vor den Kopf gestoßen hätte und deshalb als nicht möglich erschien, hätte vielleicht moralisch günstig für Deutschland gewirkt. Andererseits bietet aber die amerikanische Mitwirkung am Versailler Vertrage auch für Deutschland Vorteile, weil die Kontrolle der Vereinigten Staaten über den Versailler Vertrag erhalten bleibt.

Die Mitwirkung Amerikas in dieser Form an dem Gewaltvertrage von Versailles wird von Frankreich natürlich als unerwünscht angesehen, weil eben

Erinnerungen an Alt-Kočevje.

Von Robert Braune, Kočevje.*)

V.

Es kam die rauhe Jahreszeit, der Spätherbst, der Winter; die Leute zogen sich enger zusammen, saßen beim warmen Ofen in recht ungemütlichen Wirtschaften, weil die italienischen Maurer, denen sozusagen blindlings jeder Hausbau anvertraut wurde, wenig Sinn für heimliche, behagliche, zugfreie Räume besaßen. Kein Mensch wendete Geld an einen zweckmäßigen Bauplan, alles blieb unbefehlt dem welschen Maurermeister überlassen, der an südlische Klimate gewöhnt, unseren halb-nordischen Wetterlaunen wenig Verständnis entgegen brachte, insbesondere das Herd- und Ofensehen schlecht verstand, sodaß der heimische „Luch-Pal“ zu Rate gezogen werden mußte, breite Hausfluren, hohe Zimmer und Fenster liebte, aber keine praktische Anordnung befolgte. Das kam aber wenig in Betracht: wer gern tanzt, dem ist bald gepfeifen. Auch in der rauchigsten Stube schmeckt ein guter Braten und daran ließen es Familienväter, Handwerker und Wirte wahrlich nicht fehlen. Hühner, Enten, Gänse, Truthühner (höflich entsetzt Purane geheißen) gab es allerorten, selbst beim Flickschuster, Anlaß zum Schmausen ebenso. Allerheiligen, Martini, Neujahr, Fastnacht, Ostern boten willkommenen Gelegenheit. Im Glasfabrik-wirtschaftshause dauerten diese Orgien am Ausgang des Faschings gleich drei Tage und endeten mit einem tollen

Maskenzug in die Stadt, bis der Aschermittwoch Ernüchterung brachte. Aber gar so leicht und unvermittelt fügten sich die Gottscheer nicht; ein Häringschmaus mußte das Lämpel auf dem „I“ bilden zur größeren Ehre Gottes.

Um aber nicht bloß von Fraß und Völlerei zu erzählen, sei auch edlerer Winterunterhaltungen gedacht.

Der Männergesangsverein unter der verständigen Leitung des Oberlehrers Ignaz Böhm hielt fleißig Proben und erfreute die Gesellschaft dann und wann mit öffentlichen Vorträgen, an die man freilich keine allzu großen Ansprüche stellen durfte, denn der Liebe Müß' scheiterte meist, wie in allen kleinen Orten, an ausgesprochenen Tenorstimmen. Einmal schien ein „Mitter vom hohen C“ in der Person des „Gutmacher Michel“ gefunden; Bezirkshauptmann v. Fladung, selbst ein begeisterter Sänger, war so entzückt, daß er den „göttlichen“ Michel nach dem Vortrag eines Solos umarmte und abküßte. Aber die Herrlichkeit Michels dauerte nicht lange — propter nimium est-est. Auch der Lehrer Fr. Papa verfügte über eine angenehme Tenorstimme und verstand es, sie in mancher schmelzenden Kantilene zum Ausdruck zu bringen, ließ sich aber suchen und machte „nach berühmtem Muster“ gern Ausflüchte. Immerhin wurden Trinklieder, Märsche, Tanzweisen anständig vorgetragen, wobei des Basses Grundgewalt, der immer gut besetzt war, kräftig den Rhythmus ausgab. Die Auswahl der Gesänge wurde aus dem „Regensburger Lieberkranz“ getroffen, was jedenfalls einen guten Geschmack bekundet.

Im Allgemeinen muß man bekennen, daß die musikalischen Anlagen der Gottscheer auf keiner hohen

Stufe standen, denn fast fünfzigjährige Versuche auf diesem Felde führten zu keinem nennenswerten Ergebnis.

Ein von der Stadtgemeinde erhaltener Musikverein gab sich redlich Mühe, schaffte gute Instrumente von böhmischen Firmen an, besoldete fähige Lehrer, aber ein dauernder Erfolg blieb aus. Von den Kapellmeistern war wohl der letzte, Wilhelm Blaffak, der tüchtigste, der es vielleicht zu etwas hätte bringen können, wenn der Ausbruch des Krieges seinem Wirken nicht ein Ende gesetzt hätte.

Die Gottscheer waren von den Lärkneisfällen an bis in die neueste Zeit durch die Ungunst der Bodenverhältnisse, die nur larme Ernten gestattete, gezwungen, sich praktischen Verhältnissen zu fügen, die sie an einer tieferen Kunstpflege hinderten; es mußte vor allem für des Leibes Notdurft gesorgt werden.

Eine rühmliche Ausnahme machen die Maler Hans Mediz und Michael Ruppe, welch' letzterer auch als Holzschneider hervorragendes leistete. Seine Begabung wurde vom Gymnasialdirektor Knapp gelegentlich der Schuleinweihung in Schäflein entdeckt, wo Ruppe das Schulhaus, eine Erwerbung der Ortsgruppe Mainz des deutschen Schulvereines und den Dorfplatz in künstlerischem Geschmaack mit Blumen und Laubgewinden geziert hatte. Eigentlich dem Kaufmannsstande angehörig, übte er sich in seiner freien Zeit im Landschaftszeichnen, befand sich gerade damals auf Urlaub in seiner Heimat und zeigte verschämt und bescheiden Knapp seine Arbeiten. Mit dem Kennerblick des Trolers fand Knapp daran Gefallen und trug Sorge, daß Ruppe in die damalige Fachschule für Holzbearbeitung in Kočevje aufge-

*) Vgl. Sillier Zeitung vom 5. und 12. Dezember 1920, vom 20. Jänner und vom 14. April 1921.

der mäßige Einfluß der amerikanischen Politiken Plänen Frankreichs hinderlich ist. Die Bemerkung Hardings von der grundsätzlichen Ausfühung „gerechter“ Reparationen würde für Deutschland sogar vorteilhaft werden können, wenn der Nachdruck auf dem Worte gerecht läge. Die amerikanischen Interessen an der Reparation würden sich von den deutschen nicht entfernen, denn, wie man den Ausführungen deutscher Staatsmänner entnehmen kann, ist es Allgemeinwille des deutschen Volkes, nach Kräften zur Wiederherstellung beizutragen, aber sie soll sich eben auf gerechter Grundlage vollziehen und nicht im Rausch französischen Milliardenwahnsinns.

Wenn Harding betont, daß Amerikas Anteil an der Neuordnung und Wiederherstellung in Europa nicht außer acht gelassen werden darf und genau bestimmt werden müsse, so ist das nur die Bestätigung einer Selbstverständlichkeit. Amerika muß sich um die Festigung der verworrenen Verhältnisse in Europa in seinem eigenen Interesse kümmern, es kann sich und seine ungeheure wirtschaftliche und politische Kraft nicht abseits stellen, wenn auf eine Gesundung der Welt gerechnet werden soll. Je mehr Harding seinen Einfluß in Europa geltend macht, um so eher wird Europa und damit die Welt zu einer gewissen Beruhigung kommen.

Solange aber Politiker, getragen von Haß und Vernichtungssucht, Brandreden halten und dadurch den wirklichen Kriegszustand trotz der abgeschlossenen Friedensverträge immer wieder verlängern, solange wird die Welt unaufhaltsam dem Abgrunde zugestoßen. Mit der Mitwirkung Amerikas soll in Zukunft eine Tatsache unmöglich gemacht werden, daß ein Schar von Männern auf Grund angenommener, nicht überprüfter Daten Maßregeln gegen ein Land beschließen, die nicht nur für dieses, sondern für den ganzen Erdteil und für Millionen und Millionen Menschen von vernichtender Tragweite sein können.

Die Agrarreform in Rußland.

Auf einer vor kurzem in Moskau stattgefundenen Versammlung der Eisenbahner, auf der die neuen Richtlinien der Sowjetpolitik auf das heftigste angegriffen wurden, erklärte Lenin unter anderem: Wir haben dreieinhalb Jahre der erbittertesten Kämpfe hinter uns. Diese ganze Zeit mußten wir um unseren Bestand ringen ohne die Hilfe des internatio-

nommen wurde, wo er bald seine Lehren übertrug. Er begab sich hierauf mit Empfehlungen Knapps nach Gröden, konnte sich aber lang aus drückenden Verhältnissen nicht emporschwingen, bis er eine Malerschule in Salzburg errichtete, die sich eines geachteten Namens erfreute. Von Ruppe rühren auch die schönen Ansichtskarten aus Oberkain, die Kleinmayr & Bamberg in Lubljana verlegten. Von seinem Landsmann Hans Meiß machte ein Delbild: „Gottscheerinnen (in alter Volkstracht) auf der Wallfahrt“, das er nach Portraits im Boysschen Garten im Freien malte, viel Glück. Der wackere Künstler, von Nesselstaler Kunst, hat sich der Heimat leider entfremdet; er soll in Dresden leben.

Darf man dem Liebhabertheater auch künstlerischen Wert beimessen? Genug, daß es auf der „Post“ mit Singabe gepflegt, manchen langen Winterabend angenehm verkürzte. Herr Anton Haus d. Ae. besaß ein besonderes Geschick, die Wahl der Stücke, meistens Einakter, zu treffen, sie in Szene zu setzen und die geeigneten Kräfte glücklich zu finden. Saubere Bürgermädchen, sterbliche, gewandte Lehrerinnen, gern die Gelegenheit ergreifend, sich im Glanze zu zeigen, junge lebenslustige Beamte überboten sich im Eifer, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Unvergänglich bleibt die Leistung Herrn A. Grundners als „Schneider Fips“ ohne den anderen Beteiligten nahetreten zu wollen, die alle ihre besten Kräfte einsetzten. Die Damen als geborene Schauspielerinnen, um bloß einige zu nennen, die Fräulein Gruff, Handl, v. Sanger, Schellina, Werderber, zeigten sich ihren Rollen voll gewachsen und teilten sich in die Ehren des Abends. Setzte sich darnach einer der Herren zum Klavier und spielte zum

nenalen Proletariates. Heute wird uns vorgeworfen, daß wir für die Wiederherstellung des niedergezwungenen kapitalistischen Regimes eintreten. Diejenigen, die uns des Verrates an unseren Prinzipien beschuldigen, vergessen aber auf den großen Erfolg, den der Bolschewismus in Rußland erreicht hat. Sie vergessen die Tatsache, daß unsere Herrschaft die bürgerliche Klasseneinteilung vollständig vernichtet und mit Stumpf und Stiel ausgerottet hat. Bloß eine Klasse besteht in Rußland noch, die sich dem siegreichen Proletariate vielleicht entgegen stellen könnte: das sind die Bauern.

Wollen die Arbeiter mit den Bauern Kampf oder Verständigung? Was mich anbelangt, so muß ich sagen, daß die Bauern noch viel zu wenig organisiert und selbstständig sind, als daß sie sich mit dem Proletariate in einen Kampf einlassen könnten. Dennoch dürfen wir deshalb nicht über sie herfallen und sie vernichten. Mit den Bauern müssen wir uns gütlich auseinandersetzen und ihre gerechtfertigten Wünsche erfüllen. Ich behaupte, daß der Bauernstand schrecklich gelitten hat unter unseren fortgesetzten, mit der Waffe in der Faust erzwungenen Requisitionen, daß die Bauern gedarrt haben und infolge Futtermangels um einen großen Teil ihres Viehstandes gekommen sind.

Gestehen wir es aufrichtig ein: die schwersten Lasten des Staates wuchten auf den Schultern der Bauern und man muß alles aufwenden, um die materielle Lage des Bauernstandes zu heben, selbst auf Rechnung unserer kommunistischen Ideale. Vergessen nicht, wieviele und mancherlei Angelegenheiten uns die demobilisierten Soldaten verursachen, die nicht zur Arbeit auf dem Ackerfelde zurückkehren wollen. Die alten Soldaten, gewohnt an Plünderungen und Gewalttaten, erkennen nur ein Gesetz an: dieses Gesetz ist ihr eigener Wille. Wenn sich die Gesetzlosigkeit alter Kämpfer mit der Unzufriedenheit der Bauern vereinigt, kann das nicht leicht eine große Gefahr für die Sowjetgewalt werden? Unter solchen Umständen zu zögern, würde Hilfe für die Bourgeoisie bedeuten, die unseren Untergang kaum erwarten kann. Das wird sie aber nicht erleben, denn wir sind bereit, einigen unserer theoretischen Grundsätze zu entsagen, auf die auch ihr verzichtet müßt, wenn ihr wollt, daß wir im Kampfe aushalten und siegen.

Diese Rede Lenins zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Wirklichkeit in Rußland stärker zu werden beginnt als programmatische Theorien und daß die Sowjetregierung gezwungen ist, einen Weg zu gehen, der allein Rußland aus seiner gegenwärtigen Not herauszuführen und den Wiederaufbau des mit unerschöpflichen Hilfsquellen ausgestatteten Landes ermöglichen kann.

Die Agrarfrage ist — wie es in dem riesigen Ackerbaustaat nicht anders sein kann — die Hauptfrage Rußlands. Vor dem Revolutionsjahre 1905 war in den meisten Gegenden Rußlands und Sibiriens das System der Ackerverteilung vor der Frühjahrsausaat in Geltung. Alljährlich traten die

Lang auf, dann hing der Himmel voller Geigen. Mitunter kamen auch böhmische Musikgesellschaften aus Karlsbad, Peiskau, Graslitz, bestehend aus Saitenstreichern und Holzbläsern, gute Vereinigungen, die uns mit den neuesten Schlagern aus beliebten Operetten, sprühenden Ouvertüren, glänzenden Variationen und dgl. bekannt machten. Die Patriarchengestalt des alten Dorfschäfer, des Oberhauptes der trauten Gasse, die auch brave Soldaten mitbrachten, war stets eine gerngesehene Erscheinung. Merkwürdig, daß solch fahrendes Volk uns häufig zu einer Zeit der schwierigsten Verkehrsverhältnisse besuchte. Es kam von Lubljana aus zu Fuß, wenn es nicht ein unterwegs befindlicher Wagen aufnahm, machte Halt in Laverca, Belle Vasce, Ribnica, wo überall auf freundlichen Zuspruch zu rechnen war. Seit aber die Bahn das Reisen wesentlich erleichterte, blieben diese Wanderszüge gänzlich aus, so daß alle Gottscheer den Kopf schüttelten, ohne sich den Wechsel erklären zu können. Der einmal heiß ersehnte Schienenweg hat zwar manche Wünsche erfüllt, jedoch die frühere Gemütlichkeit erschlagen, welcher wir mit Bedauern gedenken, und an ihre Stelle Hast und Unruhe gesetzt. Dornröschen ist (unter dem Segen der Zivilisation) erwacht, reißt sich die schlaftrunkenen Augen und möchte am liebsten wieder in Träume versinken. Wägt man die Vorteile der geprüften neuen Zeit gegen die Nachteile der alten ab, so neigt sich die Waage schier zugunsten der letzteren. Ohne der Vergangenheit, die auch ihre Schattenseiten hatte, übermäßig Lob zu reden, mußte Kolesje Wandlungen erfahren, die es bitter empfindet.

Bauernhauptmannschaften zusammen und verteilten das Land. Ein Vorgang, der die Kleinbauern nicht zufrieden stellen konnte, weil die Initiative hauptsächlich in den Händen der Wohlhabenden lag, die sehr willkürlich verfahren und den wirklichen Bedürfnissen nur in recht geringem Maße entsprachen. Die armen Familien erhielten durchschnittlich ein Desjatin Land pro Kopf und die fortwährende Verteilung machte eine rationelle Bewirtschaftung unmöglich. Ueberdies suchten die vermögenden Bauern durch Bestechung den besten Ackerboden in ihre Hände zu bekommen.

Als erster trat der bekannte Minister Stolypin an die Lösung der durch die verschiedenen Besitzformen äußerst komplizierten Frage heran. Er arbeitete einen großzügigen Reformentwurf aus, demzufolge der Boden aus dem Gemeinbesitz der Landgemeinden in den persönlichen Besitz der Landarbeiter übergegangen wäre. Die Kommission, die zur Durchführung dieser Pläne eingesetzt wurde, war vor die gewaltigste Aufgabe gestellt, die jemals einer Körperschaft zur Lösung übertragen worden war, viel Papier wurde beschrieben und viele Millionen Rubel aufgewendet: Der Erfolg aber war ein sehr geringer. Die Reform scheiterte an der Bestechlichkeit der Beamten und an dem Großgrundbesitz, der die Selbständigkeit des bäuerlichen Proletariates fürchtete.

Die Revolution des Jahres 1917 griff zwar diese Frage wieder auf, machte aber den großen Fehler, daß sie sich nicht an die grundlegenden Prinzipien der Stolypinschen Theorie hielt. Die Sozialrevolutionäre standen gänzlich unter dem Zauber des Sozialismus, Tschernow, der in der Regierung des Fürsten Lwow das Portefeuille des Ackerbauministers innehatte, arbeitete einen entsprechenden Entwurf aus, aber der Bolschewikenumsturz im November desselben Jahres machte jeder einheitlichen und einsichtsvollen Durchführung der Reform ein Ende. Die Verteilung der Besitze ging in die Hände der örtlichen Komitees über, die ganz nach Gutdünken arbeiteten, ohne gemeinsamen Plan, ehedem reiche Bauern verarmten, während auch die armen nicht zufrieden gestellt wurden. Vielerorten wurden sogenannte Bodenkommunen gegründet, die sich nicht bewährten, sondern die hohen Funktionen des Sowjets als Einkunftsquellen dienten, während die Mitglieder gewöhnliche arbeitsscheue Pächter wurden. Anderswo begannen die Bauern den Grund und Boden als ihr Eigentum zu betrachten, das sie aber nicht zu ihrem Nutzen ausbeuten konnten, weil die Requisitionen den größten Teil der Erträge für den Staat fortnahmen, der Rest aber kaum für den eigenen Gebrauch hinreichte, abgesehen davon, daß der freie Handelsverkehr mit landwirtschaftlichen Produkten verboten war und die Genossenschaften das freie Gebahren verloren hatten.

Nach dem Kronstädter Aufstand hat Lenin die ganze Agrarpolitik der Sowjetgewalt völlig auf dem Kopf gestellt. Statt der Requisitionen führte er den Zehent ein und um die Bauern zur freiwilligen Abgabe zu veranlassen, erlaubte er den freien Handel.

Dieses neue Gesetz über die Naturaliensteuer gibt also den Bauern das Recht, frei über die Bodenprodukte zu verfügen, die ihnen nach Abgabe der Steuer verbleiben. Sie wird vor der Herbstbestellung festgesetzt, so daß der Bauer weiß, was ihm zur freien persönlichen Verwertung stehen wird, wenn er sich Mühe gibt. Auch die frühere Bestimmung, nach der die ganze Gemeinde haftbar für die vollzählige Ablieferung der Lebensmittel war, ist aufgehoben, so daß er nicht mehr unter der etwaigen Faulheit seiner Nachbarn zu leiden hat. Das Gesetz erklärt, daß der Bauer das Recht hat, seine Erzeugnisse frei zu verwenden, gegen Industrieerzeugnisse einzutauschen oder privatim zu verkaufen. Zum Schluß fordert das Gesetz die Landleute auf, möglichst viel Land zu bestellen und in vollem Maße von den Vorteilen des neuen Gesetzes Gebrauch zu machen.

Mit diesem Gesetze haben die Moskauer Mächte aber zweifellos zugegeben, daß der Kommunismus in all seinen Programmforderungen nicht durchführbar ist und daß sie, um sich zu erhalten, dem Großteil des russischen Volkes — und das sind die Bauern — Zugeständnisse machen müssen, die von ihren bisherigen Theorien ganz und gar abweichen.

Ob diesem ersten Schritt nach rechts, wenn die Hochspannung des Kampfes im Innern und nach außen der friedlichen Bautätigkeit des Staates gewichen sein wird, nicht noch andere naturnotwendig werden folgen müssen, das wird eine nicht zu ferne Zeit lehren.

Politische Rundschau.

Inland.

Aus der verfassunggebenden Versammlung.

In der Sitzung der Konstituante vom 14. April hat die Generaldebatte über die Verfassung begonnen. Als erster sprach der Minister für die Konstituante Trifković. Der Redner verbreitete sich über die engere Geschichte Serbiens seit dem Regierungsantritte des Königs und besprach eingehend die Verfassung, welche die Kammer dazumal noch vor dem Eintreffen des Herrschers angenommen hatte. Der Verfassungsentwurf frage — wie der Redner ausführte — dem Charakter einverständiger Arbeit. Da dem Entwurfe auch der neue sozial-wirtschaftliche Abschnitt angegliedert wurde, sei in die Verfassung eine Neuerung gebracht worden, die noch keine Verfassung anderer Staaten kenne. Daraus könne die Freisinnigkeit des Regierungsentwurfes ersehen werden und es sei die Pflicht aller wahren Volksfreunde, für den Entwurf der Regierung zu stimmen. In der Sitzung vom 15. April trat der Abgeordnete der kroatischen Partei Juba Davidović für die nationale Einheitsidee ein, für den einheitlichen Staat mit einem Herrscher, einer gesetzgebenden Versammlung und einer verantwortlichen Regierung. Darauf hielt der republikanische Abgeordnete Gyrovic eine lange Rede, worin er gegen die Verfassung Stellung nahm. Unter anderem sagte er: Eine gute Verfassung muß einem jeden Staatsbürger Gewähr für bürgerliche Freiheit, Gleichheit und wirtschaftliche Demokratie bieten. Davon aber sei in der Verfassung gar keine Rede. Dr. Korosic, der hierauf das Wort ergriff, forderte die Aufrechterhaltung der Traditionen und der historischen Grenzen sämtlicher Provinzen. In der Sitzung vom Samstag kritisierte der Dr. Surmin aus dem Nationalklub die Art der Tätigkeit im Verfassungsausschusse und warf der Regierung vor, daß sie den Verfassungsentwurf nicht begründet habe. In dem weiteren Verlaufe seiner Rede, die gegen den Zentralismus gerichtet war, kam es zu stürmischen Szenen, worauf um 1 Uhr 45 die Sitzung geschlossen wurde.

Parteibildungsbestrebungen des Stojan Protic.

Der Abgeordnete und gewesene Ministerpräsident Stojan Protic ist aus dem radikalen Parteiklub ausgetreten und hat sich mit den in der Opposition befindlichen Parteien behufs Gründung einer neuen parlamentarischen Gruppe in Verbindung gesetzt. Er beabsichtigt, aus gewissen Mitgliedern des jugoslawischen Klubs, des kroatischen Nationalklubs und einem Teil der muslimanischen Abgeordneten einen Oppositionsblock zu bilden, dem auch die unzufriedenen Elemente der radikalen Partei angegliedert werden sollen. Der Zweck dieser Aktion soll nicht darin bestehen, die Regierung zu stürzen, sondern sie zu einem Einvernehmen über die Verfassung zu zwingen, die von der Mehrheit der Abgeordneten der Serben, Kroaten und Slowenen angenommen würde.

Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums.

Wie die demokratischen Blätter melden, hat der demokratische Klub den Antrag gestellt, daß das im Staatsvorschlage vorgesehene Existenzminimum bezüglich der Personaleinkünfte in Slowenien und Dalmatien von 4800 auf 12.000 K erhöht werde. Der Finanzminister Rumanudi hat sich mit der Erhöhung des Existenzminimums auf 10.000 K einverstanden erklärt. Hiemit ist, wie die demokratischen Blätter mit großer Genugtuung hervorheben, eine beträchtliche Erleichterung zugunsten der Bauern und kleinen Gewerbetreibenden erzielt worden. Die demokratische Parteipresse fügt hinzu, daß der demokratische Klub im Finanzausschusse und im Plenum dahinwirken werde, das Existenzminimum noch weiter zu erhöhen.

Das französisch-jugoslawische Schutz- und Trugbündnis.

In einem Pariser Brief des Slovenski Narod werden die Bemühungen der französischen Diplomatie geschildert, welche darauf abzielen, auch den SHS-Staat in den Ring jener Länder einzufügen, welche wie Polen und die Tschechoslowakei mit Frankreich ein Schutz- und Trugbündnis abgeschlossen haben. Es heißt da unter anderem: Zur selben Zeit wie mit der Tschechoslowakei haben auch mit Jugoslawien Verhandlungen stattgefunden zu dem Zwecke, daß sich dieses der sogenannten frankoslawischen Allianz anschließe. Anfänglich konnten die Verhandlungen nicht über den toten Punkt hinwegkommen, erst als die Verhältnisse im Orient eine unerwartete Wendung nahmen und die französischen Diplomaten mit Saloniki zu operieren begannen, bekundete Jugoslawien für den französischen Plan eine größere Empfänglichkeit. Die französischen Staatsmänner stellten angeblich nebst anderem den sicheren Besitz des Hafens von Saloniki in Aussicht für den Fall, daß auch Jugoslawien in den Kreis der französischen Verbündeten eintrete. Diese Verhandlungen sind, wie behauptet wird, in der letzten Zeit bereits so weit fortgeschritten, daß auf dem Vertrage nur noch die Unterschriften fehlen. In diesem Vertrage sind auch die Bestimmungen festgesetzt, die sich auf den Fall beziehen, daß die Anschlußbewegung in Deutschösterreich einen solchen Charakter annehmen sollte, daß sie nicht mehr mit bloß diplomatischen Mitteln unterdrückt werden könnte. Für einen solchen Fall habe Jugoslawien wie auch die Tschechoslowakei die weitestgehenden Vollmachten erhalten.

Die 50-prozentige Abgabe vom Preise deutscher Einfuhrwaren in Jugoslawien.

Der Ministerrat hat eine Verordnung bezüglich der aus Deutschland eingeführten Waren in nachstehendem Wortlaute erlassen. Artikel 1: Der Importeur aus Deutschland muß bei den Zollbehörden die Hälfte des Wertes der einzuführenden Ware erlegen. Die von der Zollbehörde ausgestellte Bestätigung befreit den Importeur von den Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Verkäufer. Artikel 2: Die im Artikel 1 angeordnete Maßregel bezieht sich auf alle in Deutschland erzeugten Waren, die mehr als 50 Prozent deutschen Materials oder deutscher Arbeit enthalten. Artikel 3: Dem Finanzminister wird die Vollmacht erteilt, von dieser Maßnahme im Interesse des Handels abzustehen. Artikel 4: Der Finanzminister wird verpflichtet, alles Notwendige zur Durchführung dieser Maßregel zu veranlassen und zu verordnen. Artikel 5: Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verlautbarung im Amtsblatte in Kraft.

Verleumdung der deutschen Bevölkerung der Stadt Kočevje.

Die Ljubljanaer Landesregierung hat, wie bereits gemeldet, den Gottscheer Landgemeinden, wo mangels einer entsprechenden Anzahl slowenischer Zusassen die Gemeindevertretungen ohne die deutschen Wähler nicht gebildet werden könnten, das Wahlrecht ohne Unterschied der Nation eingeräumt, dagegen in der Stadt Kočevje, wo die letzte Volkszählung eine slowenische Mehrheit ergab, die bodenständigen deutschen Bürger vom Wahlrechte ausgeschlossen. Wie nun das nationalsoziale Hauptorgan, die Ljubljanaer Jugoslovija mitteilt, regen sich über diese Ungleichheit in der Behandlung der Staatsbürger auch „einige“ Slowenen in der Stadt Kočevje auf und stänkern in den Gasthäusern herum, daß den deutschen Mitbewohnern dadurch ein Unrecht zugefügt werde. Das zitierte Blatt, das natürlich nicht dieser Meinung ist, stellt sich sehr ungehalten und wirft die Frage auf, ob diese Slowenen vielleicht durch Getränke bestochen wurden oder ob sie auf diese Weise unter ihren deutschen Mitbürgern Einfluß zu gewinnen hoffen. Das nationalsoziale Organ, welches jedoch immerhin das Bedürfnis empfindet,

die Ausschließung der Kočevjer vom Wahlrechte seinen Lesern plausibel zu machen, schreckt in seinen weiteren Ausführungen vor der Verleumdung nicht zurück, daß die deutschen Wähler mit den slowenischen Kommunisten (und Sozialdemokraten) einen Pakt gegen die nationalsoziale Partei geschlossen hätten, und behauptet, daß sie nur infolge dessen von der Landesregierung mit der Entziehung des Wahlrechtes bestraft wurden. Die deutschen Bürger der Stadt Kočevje kommunistischer Tendenzen zu bezichtigen, ist eine Behauptung, für die das nationalsoziale Blatt keinen Beweis erbringt. Leider aber sind die Kočevjer den Mächenschaften einer skrupellosen Journalistik wehr- und machtlos ausgeliefert. Es soll auch gar nicht der Versuch unternommen werden, gegen solche handgreifliche Verleumdungen ernsthaft zu polemisieren oder zu protestieren. Nur scheint es nicht unnötig, darauf hinzuweisen, daß eben dieselbe nationalsoziale Partei, die mit ihrem Listenföhreder, dem ehemals deutschfreundlichen Professor Polovic an der Spitze, in der Stadt Kočevje eine unbeschränkte Parteiherrschaft einzuföhren gedenkt, auch auf dem flachen Lande auf Wählerfang ausgeht, weshalb es nicht schaden kann, daß dieser Raube rechtzeitig eine Schelle umgehängt werde.

Ausland.

Slowenische Auffassung über Rechte und Pflichten.

Das in Wien unter dem Titel Koroski Slovenec erscheinende Organ der Kärntner Slowenen faßt seine Ansichten über die Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers in folgende Ausführungen zusammen: Der Ausfall der Abstimmung in Kärnten hatte zur Folge, daß Deutschösterreich auch die Bewohner der ehemaligen Abstimmungszone als eigene Staatsbürger übernahm. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir aufgehört hätten, Slowenen zu sein, und unserer sprachlichen und nationalen Eigenart entsagt hätten. Wir sind vielmehr gewillt und entschlossen, un er politisches und kulturelles Leben als Slowenen fortzusetzen, im Rahmen der Rechte und Pflichten, die uns nach der deutschösterreichischen Verfassung und Gesetzgebung und nach dem Friedensvertrage von St. Germain vorgezeichnet sind. Aber auch die staatlichen Behörden sind verpflichtet, ihre Pflichten gegenüber ihren Untertanen zu erfüllen, weise und gerecht zu regieren. Sie haben für die Sicherheit und den Schutz der Person, des Eigentums zu sorgen, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten, eine gerechte Justiz und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Fragen der Verfassung, der Anstellungen, vor dem Gesetze usw. zu gewährleisten. — Wir haben von unserem Standpunkte diesen Erörterungen nichts anderes anzufügen als den Wunsch, daß einmal die Beschwerden und Bestrebungen der deutschen Minderheit in Slowenien und der slowenischen in Kärnten im zwischenstaatlichen Verfahren untersucht werden sollten, weil wir überzeugt sind, daß wir Deutsche in Slowenien bei einer paritätischen Behandlung nur gewinnen können.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei.

In der letzten Sitzung der Prager Nationalversammlung wurde die Debatte über den ersten Teil des umfangreichen Handelsvertrages zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei zum Abschlusse gebracht. In dritter Lesung wurden außer zwei Vorbehalten folgende Punkte angenommen: 1. Entwurf für den allgemeinen Teil des Handels- und Verkehrsvertrages; 2. Entwurf für das Schlussprotokoll für den allgemeinen Teil, der sich auf den Handelsvertrag bezieht; 3. Entwurf des Protokolles über die Paraphierung der Verträge; 4. Entwurf über Verkehrsvereinfachungen an der Grenze; 5. Entwurf eines Veterinärvertrages; 6. Entwurf der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der



Schicht

Die Vorzüge der
Verwendung einer guten, absolut reinen Seife sind Ersparnis an Zeit und Geld.

„Schicht-Seife“,
Marke „Hirsch“

Ist verbürgt rein und unverfälscht. Sie schont daher die teure Wäsche, gibt ihr aber neuen Glanz und den Farben wiederum die alte Frische. Man achte nur auf die nebenstehende Schutzmarke.

Vertretung für Slovenien bei J. GLOBOČNIK & COMP. in Ljubljana.

Sachverständigen über die Warenkontrolle; 7. Entwurf der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Merkmale an den Schusswaffen. Außerdem wurde eine Vereinbarung über die Erleichterung des Eisenbahnverkehrs und der vorbereitende Entwurf über die ärztliche Praxis in den Grenzorten erneuert.

Eine Drohnote der Entente in der Anschließfrage Deutschösterreich an Deutschlands.

Der Wiener französische Gesandte gab beim deutschösterreichischen Bundeskanzler im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtigen auf den Anschluß an das deutsche Reich hinielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Desterreich einstellen und die Reparationskommission würde in ihren Befugnissen vollständig wieder hergestellt werden. Der Vertreter der englischen und italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung der französischen Vertreter mit dem Bemerkten an, daß ein Zurückziehen Frankreichs von der Hilfsaktion für Desterreich das Ende dieser Aktion und das Fallenlassen aller hierauf bezüglichen Projekte bedeute.

Aus Stadt und Land.

Ungültige Postmarken. Vom 16. April an haben im Postverkehr nur die einheitlichen Postmarken mit den Bildnissen des Königs und des Thronfolgers, ferner die Invalidenmarken Geltung. Die alten sogenannten Ljubljanaermarken sind von diesem Tage an ungültig.

Neuerliche Erhöhung der Postgebühren. Nach den im Finanzministerium gesammelten Angaben betragen alle Einkünfte aus dem Postwesen im Königreiche der Serben, Kroaten

und Slowenen kaum 40 Millionen Dinar, während die Ausgaben, in welche die Teuerungszulagen für das Postpersonal noch nicht eingerechnet sind, um das Doppelte mehr ausmachen. Da sich auch das Material in diesem Jahre verteuert hat, so würde sich das Defizit infolgedessen noch um vieles höher belaufen. Deshalb hat das Postministerium eine weitere Erhöhung der Gebühren für alle Arten des Postdienstes beschlossen. Wir veröffentlichen die neuen Taxen, die bereits mit 1. Mai l. J. in Kraft treten sollen, im Inseratenteil dieses Blattes.

Der Umtausch der Kronenbanknoten wird nach Mitteilungen der Ljubljanaer Finanzdelegation in kürzester Zeit erfolgen, da alle Vorbereitungen hierzu schon getroffen sind. Den Umtausch werden die Steuerämter durchführen.

Eingaben an das Außenministerium müssen nach einer Verordnung des Finanzministeriums mit einem 50-Parastempel versehen sein. Außerdem ist ihnen für die Erledigung noch ein 5-Dinarstempel beizulegen. Eingaben, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt.

Krankenförderung auf den Bahnen. Das Verkehrsministerium hat für die Beförderung von Kranken folgende Verfügung getroffen: Wenn Kranke in einem besonderen Abteil reisen, haben sie so viele Karten zu lösen, als das Abteil Plätze hat. Erfolgt die Beförderung in Lastwaggon, so sind sechs Karten I. Klasse der betreffenden Zugart (Schnell- oder Personenzug) zu zahlen. Für einen Begleiter ist keine besondere Fahrtaxe zu erlegen. Werden in einem Waggon mehrere Personen befördert, so sind für einen Kranken und dessen Begleiter sechs Billets I. Klasse, für jeden anderen Kranken eine Karte III. Klasse zu lösen. Der geringste Betrag für die Benützung eines Lastwaggon beträgt 600 Kronen.

Erhöhung der Invalidenpensionen. Im Ministerium für soziale Fürsorge ist eine Ver-

ordnung unterschrieben worden, die eine Erhöhung der Invalidenpensionen vorsieht. Die Erhöhung soll vom 1. April an Geltung haben.

Dankagung. Wir sind ersucht worden, den dankbaren Gefühlen Ausdruck zu verleihen, welche die Schülerinnen der hiesigen Bürgerschule ihrer lieben und gütigen Lehrerin, Fräulein Elise Probst, entgegenbringen. Ihr Andenken wird in den jugendlichen Herzen, auf die sie den edelsten Einfluß ausgeübt hatte, immer fortleben und ihr Scheiden wird schmerzlich empfunden. Sie wünschen aufrichtig, es möge ihrer verehrten Lehrerin auch in ihrem neuen Wirkungskreise recht wohl ergehen.

Auflösung eines deutschen Vereines. Der Verein Freiwillige Feuerwehr in Marenberg (Bez. Slov. Gradec) wurde aufgelöst, weil er — wie die amtliche Begründung lautet — den staatlichen Interessen widerspricht.

Widmung von Reisepässen. Für die Widmung der Reisepässe österreichischer Staatsbürger werden die hiesigen (politischen) Behörden von nun an eine Taxe von 25 einhalb Dinar einheben.

Ortsnamen. Das Organ der Ljubljanaer Slowenen, der Koroski Slovencec, verwendet für die deutschösterreichischen Orte, und zwar auch für die außerkärntnerischen, durchwegs die herkömmlichen slowenischen Bezeichnungen. Das Blatt richtet allerdings Vorwürfe gegen die deutschösterreichischen Behörden, aber über die Vorenthaltung der Preßfreiheit beschwert es sich nicht und hat auch, wie die bisher erschienenen Nummern beweist, keine Ursache zur Beschwerde.

Eisenbahnpolizei. Mit 1. Mai wird im ganzen Staate SHS eine Eisenbahnpolizei in Wirksamkeit treten, deren Organisation bereits durchgeführt ist. Die Hauptaufgabe dieser Polizei, deren Amtsbereich sich auf alle Eisenbahnen und Schiffahrtlinien erstrecken soll, wird darin liegen, Spione, Provokateure, staatsfeindliche Elemente auszuforschen

Dame

sucht in einem vornehmen Hause ein möbliertes Zimmer eventuell eine komplette Pension. Offerte: Hotel Post, Zimmer Nr. 21, von 2—5 Uhr nachmittag.

Pelargonien

in den schönsten Farben für Balkone sowie verschiedene Blumen u. Pflanzen zu haben in der Gärtnerei Zelenko, Ljubljanska cesta.

10.000 Kronen

demjenigen, der mir die bei mir in der Nacht vom Samstag auf Sonntag gestohlenen diversen Seidentücher und Seidenstoffe zur Gänze eruiert. Vor Ankauf dieser Artikel wird gewarnt! Karl Worsche, Maribor, Gosposka ul. 10.

Fräulein

Christin, mit guter Schulbildung, die Liebe zu Kindern hat, wird als Stütze der Hausfrau und Erzieherin zu zwei Mädchen im Alter von 9 und 2 1/2 Jahren von gutem Bürgerhause in einer Grenzstadt gegen Deutschösterreich zum sofortigen Dienstantritt aufgenommen. Solche mit Lehrbefähigung und Musikkennntnissen bevorzugt. Gehalt nach Uebersinkommen; beste Verpflegung und vornehme Behandlung zugesichert. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche, des Alters, der Sprachkenntnisse, der besuchten Schulen, eventuell schon innegehabter Stellen und möglichst unter Beilage eines Lichtbildes richte man unter „C. B. 26993“ an die Verwltg. d. Bl.

Kinder-Klappwagen

und ein neues Kinderbett zu verkaufen. Anzufragen Café Eller, Vojnik.

Schlafzimmer

Sehr gut erhaltenes geschnitztes Dekorations-(Schlaf-)Divan, Pianino, Noten, Bücher, Photo-Apparate, Kinderspielsachen, (Dampfmaschine, Dynamo, Elektromotor etc.) und eine Rodel preiswert zu verkaufen. Zu besichtigen Benjamin Ipačeva ul. 10, 1. Stock, nächst dem Krankenhause.

Schlosserei

im Innern Maribors sofort preiswert verkäuflich. Anfrage Verwaltung des Blattes. 26997

Zimmer

möbliert oder ohne Möbel, mit separatem Eingang, gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Anträge „Postfach 2, Celje.“

Die neuen Postgebühren im Königreiche SHS.

Mit 1. Mai 1921 tritt folgende Erhöhung der Postgebühren in Kraft:

Briefe: 20 g 50 Para = 2 K; für je weitere 20 g oder einen Teil dieses Gewichtes 25 Para = 1 K.

Postkarten: 25 Para = 1 K, mit bezahlter Rückantwort 50 Para = 2 K.

Drucksachen: für je 50 g bzw. einen Teil dieses Gewichtes 10 Para = 40 h.

Muster ohne Wert: für je 50 g bzw. einen Teil dieses Gewichtes 10 Para = 40 h, Mindestgebühr 20 Para = 80 h. Maximum des für solche Sendungen zulässigen Gewichtes 500 g.

Geschäftspapiere: für je 50 g bzw. einen Teil dieses Gewichtes 10 Para = 40 h, Mindestgebühr 50 Para = 2 K.

Gemischte Sendungen: für je 50 g bzw. einen Teil dieses Gewichtes 10 Para = 40 h, Mindestgebühr 20 Para = 80 h, wenn in der Sendung außer Geschäftspapieren auch Drucksachen und Muster enthalten sind.

Für unfrankierte oder unzureichend frankierte Briefe wird der an der Taxe fehlende Betrag doppelt eingehoben. Das gleiche gilt auch für Postkarten. Für die **Einschreibung** der genannten Sendungen ist noch die Gebühr von 1 Dinar = 4 K zu entrichten.

Die Gebühr für Briefe mit Wertangabe kann entweder als Gebühr für eingeschriebene Briefe nach dem Gewichte oder nach dem Werte entrichtet werden. Im letzteren Falle ist für einen Wert bis zu 100 Dinar = 400 K 50 Para = 2 K, von 101 bis 500 Dinar (404 K bis 2000 K) 1 Dinar = 4 K, von 500 bis 1000 Dinar (2000 bis 4000 K) 2 Dinar = 8 K, weiter für jeden Teil dieses Wertes noch 1 Dinar = 4 K zu bezahlen.

Ein Aviso kostet 20 Para = 80 h. Lautet die Sendung an einen Ort, wo

die Zustellung ins Haus erfolgt, so ist hierfür 1 Dinar = 4 K zu entrichten.

Geldbriefe. Wenn der Wert 1000 Dinar (4000 K), ist die Gebühr dieselbe wie bei gewöhnlichen Paketen. Bei Beträgen über 1000 Dinar (4000 K) ist für je 1000 Dinar (4000 K) noch die Gebühr von 1 Dinar = 4 K zu entrichten. Für **grosse Pakete** ist die doppelte Gebühr nach dem Gewichte zu bezahlen. Für Zustellung ins Haus beträgt die Gebühr 2 Dinar = 8 K, bei Abholen von der Post sind 20 Para = 80 h für das Aviso zu leisten. Alle Gebühren sind bei der Paketabgabe zu entrichten.

Pakete: Bis 5 kg 5 Dinar = 20 K, 5 bis 10 kg 10 Dinar = 40 K, 10 bis 15 kg 15 Dinar = 60 K, 15 bis 20 kg 20 Dinar = 80 K. Die Gebühr für Wertangabe bis 100 Dinar (400 K) beträgt 50 Para = 2 K, von 100 bis 500 Dinar (400 bis 2000 K) 1 Dinar = 4 K, von 500 bis 1000 Dinar (2000 bis 4000 K) 2 Dinar = 8 K. Das höchstzulässige Gewicht wird mit 20 kg, der höchste Wert mit 1000 Dinar (4000 K) festgesetzt.

Postanweisungen: für den Betrag bis zu 25 Dinar = 100 K ist die Gebühr von 50 Para = 2 K zu entrichten; für 25 bis 50 Dinar = 100 bis 200 K die Gebühr von 80 Para = 3 K 20 h; für 50 bis 100 Dinar = 200 bis 400 K die Gebühr von 1 Dinar = 4 K, von 100 bis 300 Dinar (400 bis 1200 K) 1.50 Dinar = 6 K, von 300 bis 500 Dinar (1200 bis 2000 K) 2 Dinar = 8 K, von 500 bis 1000 Dinar (2000 bis 4000 K) 3 Dinar = 12 K. Höhere Beträge als 1000 Dinar (4000 K) können mit einer Geldanweisung nicht versendet werden. Für die Zustellung ins Haus sind für je 50 Dinar (200 K) 20 Para = 80 h zu entrichten. Das Retourrezeptis kostet 1 Dinar = 4 K.

Buchhalter

fachkundig, wird für eine Holzindustrie gesucht. Wohnung in Natura, Beleuchtung und Beheizung. Gehalt nach Uebersinkommen und Fähigkeiten. Es wird reflektiert auf erstklassigen im Holzfach und Kalkulation versierten Herrn. Dienstantritt gegen Juli d. J. Gesuche mit genauer Lebensbeschreibung sowie Referenzen sind zu richten an die Verwaltung der Cillier Zeitung unter „Buchhalter 26996“.

Beispiel 20g E für je 20g
20g oder mehr Teil drupel gemacht
Justhalten mit bezeichneter Bezeichnung
verhandelt

Dosierung für je 50g bezogen für
minimale Teil drupel gemacht
Mischung von Alkohol für je 50g bezogen
minimale Teil drupel gemacht =
Mischungszusatz =
Mischung